

# Tagesschulen auf der Agenda

Der Bund nimmt mit der Fachkräfteinitiative ein schulpolitisches Thema auf

NZZ, 14.2.2015

Der Mangel an Fachkräften sorgt seit Annahme der Zuwanderungsinitiative noch stärker für Schlagzeilen. Der Bund möchte als Initiator und Koordinator auftreten, sagt Boris Zürcher vom Seco.

Michael Schoenenberger

Der Bundesrat will das inländische Potenzial an Arbeitskräften besser nutzen. Diese Woche hat er im Zusammenhang mit der Behandlung der SVP-Zuwanderungsinitiative beschlossen, zu diesem Zweck die Fachkräfteinitiative (FKI) zu verstärken. Das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) ist beauftragt worden, bis Ende Juni einen Bericht zu erstellen. Die Regierung möchte etwa die administrativen Hürden für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig aufgenommene Personen abbauen, damit diese leichter arbeiten können.

Das Programm der FKI ist aber wesentlich umfassender – sie war lange vor der Annahme des SVP-Begehrens initiiert worden, zunächst mit Blick auf den Mangel an Fachkräften in den technischen und mathematischen Berufen. Der Massnahmenkatalog hat sich nun allerdings erweitert und umfasst die folgenden vier Handlungsfelder:

> In der Schweiz lebende Menschen sollen – angepasst an den Bedarf der Arbeitswelt – besser ausgebildet, also höher qualifiziert werden. Das quantitative Potenzial wird hierbei auf rund 600 000 Personen geschätzt.

> Mütter und Väter sollen neben den Betreuungspflichten erwerbstätig sein können. Insbesondere die Frauen stehen im Fokus. Beispielsweise geht man von rund 55 000 Akademikerinnen aus, die nicht erwerbstätig sind.

> Sodann möchte der Bund gute Bedingungen für die Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmer schaffen. In der Rentenpolitik sind dazu in der Altersvorsorge 2020 zaghafte Schritte angedacht.

> Der Bund setzt schliesslich auf Innovation. Man möchte in verschiedenen Bereichen die Produktivität erhöhen.

Boris Zürcher, der Leiter der Direktion für Arbeit im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), bestätigt im Gespräch, dass auch Tagesschulen auf der Agenda des Bundes stehen. Fachkreise sind überzeugt, dass die heutige Organisationsform der Volksschule eine Hürde für die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern ist. Unter Zürchers Leitung nimmt sich deshalb eine Arbeitsgruppe unter Einbezug der relevanten Akteure der Tagesschulen an. «Heute fehlen uns wichtige Informationen dazu», sagt Zürcher. Man wolle systematisch untersuchen, wo es klemme, und überdies Finanzierungsfragen erörtern.

Besonders alt Nationalrat Rudolf Strahm (sp.) übte betreffend die FKI scharfe Kritik am WBF. Der zuständige Bundesrat sei bisher nicht in der Lage

gewesen, eine Projektorganisation auf die Beine zu stellen. Konkret forderte Strahm eine staatliche Steuerung, mit welcher der Fachkräftemangel behoben werden solle, wie er am Donnerstag gegenüber dem staatlichen Schweizer Fernsehen erläuterte.

Zürcher widerspricht: Dem Bund komme im Schweizer liberalen System die Rolle des Initiators und Koordinators zu. Man wolle sich an die Regeln der Marktwirtschaft halten, also weder steuern noch zentralistisch oder dirigistisch eingreifen. Dazu fehle dem Bund ohnehin die gesetzliche Legitimation. Die Situation sei nicht vergleichbar mit der Lehrstellenkrise. «Damals kamen dem Bund klare Kompetenzen zu», sagt Zürcher. Skeptisch steht er Forderungen gegenüber, den Bedarf an Arbeitsleistung in staatsnahen Bereichen, so im Gesundheits- und Bildungswesen wie auch in den Verwaltungen, rein quantitativ zu decken. Ziel sei, innovativ zu denken und zu fragen, wie die Produktivität zu steigern wäre. Nicht jeder angemeldete Bedarf entspreche unbedingt auch einer Nachfrage, sagt Zürcher.

## Zusätzliche Mittel für die Berufsbildung

msc. Die nationalrätliche Bildungskommission (WBK) möchte die berufliche Grundbildung stärken. Sie hat einer entsprechenden parlamentarischen Initiative von Felix Müri (svp., Luzern) mit 14 zu 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen zugestimmt. Ziel des Vorstosses ist es, dem steigenden Bedarf an inländischen Fachkräften aufgrund der Zustimmung zur SVP-Zuwanderungsinitiative zu begegnen. Der Bund soll zu diesem Zweck dazu verpflichtet werden, den Kantonen während vier Jahren jährlich maximal 50 Millionen Franken für eine sogenannte «Qualifizierungsoffensive» zur Verfügung zu stellen.

Mit dem Geld sollen zum Beispiel Lehrabschlüsse nachgeholt werden können. Die Erarbeitung von auf den Arbeitsmarkt zugeschnittenen Kompetenzen oder auch der berufliche Wiedereinstieg sind weitere Ziele. Das grösste Hindernis für interessierte Personen, so steht es in der Begründung der parlamentarischen Initiative, seien ihre fehlenden zeitlichen oder finanziellen Ressourcen. Neben der Übernahme der Bildungskosten soll darum auch ein beschränkter Erwerbersatz ins Auge gefasst werden. Diese Offensive im Bereich der beruflichen Grundbildung soll von einer Kampagne begleitet werden.